

# Buchbinder-Zeitung

Erste Ausgabe  
Abonnementspreis 1,00 Mark pro  
Quartal exkl. Bestellgeld. Bestel-  
lungen nehmen an alle Post-  
anstalten, sowie die Expedition,  
Berlin S. 69, Urbanstr. 63 I.

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Inserate  
pro biergeladene Zeile 60 Pf.;  
für Verbandsmitglieder 40 Pf.;  
Stellenangebote 40 Pf.; Veram-  
lungsanzeigen u. d. d. d. d. d. d.  
anzeigen ist der Betrag beizufügen.

Nr. 29.

Berlin, den 13. Juli 1913.

29. Jahrgang.

## Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. In Danzig ist mit dem 1. Juli eine neue Zahlstelle des Verbandes gegründet worden. Meistunterstützung wird dort vorläufig nicht ausbezahlt.

2. Eine Erhöhung des Lokalbeitrages von 5 auf 10 Pf. pro Woche ist von der Zahlstelle Schwerin beschlossen und unsererseits genehmigt worden. Der erhöhte Beitrag wird vom 1. Juli ab erhoben.

3. Ausgeschlossen auf Grund des § 16b des Statuts wurden in München der Kartonzuschneider Josef Guttman aus Paraya (Ungarn), B.-Nr. 108 521, und in Limbach i. S. der Kartonarbeiter Matthias Millotta aus Leipzig, B.-Nr. 41 503.

Der Verbandsvorstand.

## Wirtschaftlichkeit und Menschlichkeit.

I.

Lr. Ohne Zweifel hat der moderne Kapitalismus in wirtschaftlicher Beziehung Großes geleistet. In Bezug auf Technik und Verkehrsweisen sind die Fortschritte gegen früher unerkennbar. Was man ihm aber zum Vorwurf machen muß, ist seine Mächtigkeitsgier, mit der er gegen Menschenkraft und Menschenwert vorgegangen ist und noch immer vorgeht. Die Verwüstungen am Menschstum, die auf sein Schuldkonto fallen, und die Verträge gegen die einfachsten Grundsätze der Menschlichkeit, die er sich zuschulden kommen läßt, treten immer deutlicher hervor. Noch vor kurzem hat der neuerwählte Präsident der Vereinigten Staaten von Nordamerika, Wilson, in seinem Antrittsprogramm dieser Empfindung Ausdruck gegeben: „Altvertraute Dinge haben, wir hassen und kritischen Augen betrachtet, ihr Aussehen verändert und erscheinen uns jetzt fremdartig und unheimlich. Neues ist an ihre Stelle getreten. Wir sind aufgefressen worden durch einen neuen Einblick in unser eigenes Leben. Dieses Leben ist in mancher Beziehung wahrhaft groß. Es ist unvergleichlich groß in materieller Hinsicht; in seiner Summe von Wohlstand, in der Mannigfaltigkeit und dem Schwung seiner Energie, in den industriellen Schöpfungen einzelner wie in der schrankenlosen Unternehmerkraft von Gruppen. Aber mit dem Guten ist das Uebel gekommen, und viel echtes Gold ist zerstreut worden. Mit den Reichtümern kam eine unentschuldbare Verschwendung. Wir haben viel von dem verschleudert, was wir hätten brauchen können. Wir sind stolz gewesen auf unsere industriellen Leistungen, aber wir haben bisher den Menschenwert nicht hoch genug eingeschätzt, den Wert der ausgelöschten Menschenleben, der überbürdeten und zusammengebrochenen Existenzen. Es war etwas Hartes und Herzloses in unserer Jagd nach dem Erfolg und der Größe. Wir haben uns nicht bemüht, unsere Volkswirtschaft in den Dienst der Humanität zu stellen zum Wohle der Männer, Frauen und Kinder, die den schweren Kampf ums Dasein führen. Dies Verstummen müssen wir nachholen. Das ist keine Sentimentalität, sondern eine Forderung der Gerechtigkeit. Die feste Grundlage eines jeden Staates ist Gerechtigkeit.

Zeit, nicht Mitleid. Aber Gleichberechtigung und Bewegungsfreiheit, diese eigentliche Grundlage der Gerechtigkeit in einem politischen Körper, können nicht bestehen, wenn Männer, Frauen und Kinder nicht in ihrem Leben, in ihren eigenen Lebensbedingungen gegen die Folgeerscheinungen der großen industriellen und sozialen Prozesse geschützt werden, an denen sie nichts ändern, die sie nicht lenken und mit denen die einzelnen nicht fertig werden können. Die Gesellschaft darf ihre eigenen Glieder nicht zermalmern, schwächen oder schädigen. Die erste Aufgabe der Gesetzgebung ist, die Gesellschaft gesund zu erhalten. Sanitäre Gesetze, Nahrungsmittelgesetze und Gesetze über die Arbeitsbedingungen, die die einzelnen für sich selbst festzusetzen nicht die Macht haben, das sind die wichtigsten und eigentlichen Aufgaben der Gerechtigkeit und der Gesetze.“

Der neue Präsident will, wie er sagt, das amerikanische Volk aufrütteln, damit es über den materiellen Gewinn nicht die ideellen Verluste vergißt: „Menschenherzer warten auf uns, Menschenleben heben auf dem Spiel, Menschenhoffnung will wissen, was wir zu tun gedenken. Wer wird dieses große Vertrauen rechtfertigen? Wer hat den Mut, es zu enttäuschen?“

In diesem Hymnus auf die Menschlichkeit klingt das Manifest aus, das mit großer Deutlichkeit auf den dunkelsten Punkt in unserem modernen Wirtschaftsleben hinweist. In der Tat haben die Kulturvölker große Errungenschaften hinter sich, aber sie haben es nicht verhindert, daß ganze Generationen zugrunde gerichtet worden sind. Das muß jetzt endlich nachgeholt werden. Der Staat muß sich seiner Pflicht bewußt werden, die Volksmassen zu schützen gegen den Raubbau, der an ihrer Arbeitskraft, an ihrer Gesundheit und an ihrem Menschstum getrieben wird. Da die private Wohltätigkeit nicht ausreicht, muß eine gesunde, großzügige, durchgreifende Sozialpolitik einziehen. Das klingt ganz anders als das elende Geschwätz unserer einheimischen Ausbeuter und Schatzmacher, die über das Jubel an Sozialpolitik und über das Automobiltempo in der Arbeiterfürsorge schimpfen. Vielleicht steigt ihnen doch noch einmal die Schamröte ins Gesicht, wenn sie das Programm des edlen Menschenfreundes auf dem Präsidentenstuhl lesen. Und auch verschiedene Staatslenker in Europa sollten sich die Worte ihres amerikanischen Kollegen hinter die Ohren schreiben, denn sie können noch vieles daraus lernen.

Die tiefe Wahrheit, die dem Wilsonschen Programm zugrunde liegt, können wir in den kurzen Satz zusammenfassen: Wir schützen Sachwert, aber keinen Menschenwert; wir gehen sparsam und schonend um mit Tieren und Sachen, aber wir sind rücksichtslos und erbarmungslos gegen Menschen. Darin ist die Ursache des Menschenehends zu suchen.

Bekanntlich gilt in unserem Wirtschaftsleben der Grundsatz der Wirtschaftlichkeit, der da besagt, daß man sparsam, haushälterisch wirtschaften und nicht vergeuden soll. Wie man von einer guten Hausfrau verlangt, daß sie nichts verkommen läßt, sondern aus allem etwas zu machen versteht, so verlangt man auch von einem Wirtschaftler, daß er genau Obacht gibt, ob auch das Prinzip der Sparsamkeit überall befolgt wird. Ein Bauer handelt wirtschaft-

lich, wenn er darauf achtet, daß seine Ackergeräte und seine Tiere gut behandelt werden, daß sein Korn nicht draußen im Regen verfauldet, daß die Misthaue nicht auf die Straße läuft, daß sein Acker zur rechten Zeit brach liegt, damit er sich erholen kann, daß Heus und Scheune zur rechten Zeit ausgedrückt werden usw. Ein gewerblicher Unternehmer handelt wirtschaftlich, wenn er darauf achtet, daß sein Rohmaterial verschwendet, und daß kein Gas unnütz verbrannt wird, daß die Maschinen geschont, und daß die Abfälle nicht weggeworfen werden usw. Bauer und Unternehmer sind sich darin einig, daß nur bei einer größtmöglichen Wirtschaftlichkeit Ueberflüsse zu erzielen sind. Deshalb beurteilen sie all ihre Tätigkeit von diesem Gesichtspunkt aus. Wenn sie sich eine neue Anlage machen lassen, so sehen sie darauf, daß mit dem geringsten Kraftaufwand der höchste Nutzeffekt erzielt wird; wenn sie sich eine neue Maschine aufstellen lassen, so verlangen sie eine möglichst große Leistung bei möglichst niedrigen Kosten. Niemand muren sie aber einer Maschine mehr zu, als sie normal zu leisten vermag, weil eine Ueberanstrengung mehr Schaden als Nutzen bringt. Diesen Grundsatz übertragen sie auch auf die Tiere. Es ist unwirtschaftlich, ein Pferd bei schlechter Ernährung mit Arbeit zu überbürden; deshalb sorgt ein Bauer dafür, daß sein Pferd gut gepflegt wird und die nötige Ruhe hat. Es ist auch unwirtschaftlich, Zuchtvieh zu angestrengter Arbeit anzuhalten, deshalb wird ein vernünftiger Bauer niemals eine hochtrachtige Kuh vor einen schweren Wagen spannen. Und dem Besitzer eines edlen Vollblutpferdes wird es niemals einfallen, sein Tier als Murrengaul zu benutzen oder in einer Schwefelgrube zu verwenden. Der augenblickliche Vorteil muß eben hinter dem zukünftigen Nachteil zurücktreten, falls das Prinzip der Wirtschaftlichkeit gewahrt bleiben soll.

Aber dieselben Leute, die ihre Werkzeuge und ihre Tiere schonend behandeln, denken sich nichts dabei, wenn sie die bei ihnen beschäftigten Menschen rücksichtslos ausbeuten. Ein Bauer macht sich kein Gewissen daraus, hochschwängere Frauen zu schweren Feldarbeiten zu verwenden; ein Fabrikant beschäftigt, ohne eine Miene zu verziehen, unentwidelte Kinder mit gesundheitsgefährlichen Arbeiten. Beide empfinden keine Gewissensbisse darüber, wenn sie ihre Arbeiter durch überlange Arbeitszeit und intensive Arbeitsweise frühzeitig zugrunde richten. Wer sich ein Pferd hält, der sorgt dafür, daß es einen warmen Stall, sein gutes Futter und eine ordentliche Aufwartung hat; aber die Menschen pferdest man in elenden Höhlen zusammen und läßt sie bei mangelhafter Ernährung verkommen. Ist es nicht eine Tatsache, daß die Viehhäute auf manchen Rittergütern schöner und lustiger sind als die Arbeiterwohnungen; ist es nicht eine traurige Tatsache, daß zahlreiche Menschen schlimmer arbeiten müssen als die Pferde und schlechter leben als die Hunde? Wenn irgend etwas einem jeden Wobacher auffallen muß, so ist es die Tatsache, daß Tiere und Sachen besser behandelt werden als Menschen.

Der Grund hierfür ist einfacher Natur: Tiere und Sachen haben einen Eigentümer und jeder Eigentümer hat ein lebhaftes Interesse daran, daß sein Eigentum geschützt und geschont wird, damit es keinen Schaden leidet; aber die Menschen haben keinen Eigentümer, denn sie sind freie Wesen mit einem Selbstbestimmungsrecht und dürfen über ihren Körper und

ihre Person frei verfügen, und darum hat niemand ein Interesse an ihrem Schicksal und ihrer Schöpfung. Wenn einem Unternehmer Tiere und Werkzeuge vorzeitig ruiniert werden, so erleidet er einen fühlbaren Schaden an seinem Geldbeutel, denn er muß sich neue kaufen; wenn aber seine Arbeiter und Arbeiterinnen frühzeitig ausgemergelt und dadurch arbeitsunfähig werden, so wirft er sie wie ausgepreßte Zitronen einfach auf die Straße. Er hat keine Neuananschaffungskosten, denn es stellen sich immer genug neue Arbeitskräfte zur Verfügung. Hieraus erklärt sich auch die Tatsache, daß die Sklaven des Altertums, so lange sie einen hohen Marktpreis hatten, besser behandelt und mehr geschont wurden als die modernen Lohnsklaven. Der Sklave war für seinen Herrn ein Wertobjekt, der Arbeiter ist für seinen Herrn ein Ausbeutungsobjekt — das ist der ganze Unterschied.

## Die Reform der Volksversicherung durch die Volksfürsorge.

„Die Volksfürsorge will die Volksversicherung ihres kapitalistischen Erwerbscharakters entkleiden; sie will den Versicherten die Versicherung zum Selbstkostenpreise liefern.“

In diesen Worten ist das Programm der Volksfürsorge ausgesprochen; seine Durchführung erstreckt sich auf alle zur Lebensversicherung des Volkes gehörenden Gebiete; die Reform kommt zum Ausdruck in dem gesamten Aufbau der Volksfürsorge, in den Arten der Versicherung, ihren Grundlagen und vor allem in den Versicherungsbedingungen.

Die Gründung erfolgte auf Beschluß der Gewerkschaften und Genossenschaften. Aus Vertretern dieser Körperschaften werden paritätisch die Organe der Versicherung, der Vorstand, der Aufsichtsrat und die Generalversammlung gebildet. Die Gewerkschaften und Genossenschaften werden nicht den geringsten materiellen Vorteil durch die Volksfürsorge haben; das Aktienkapital von 1 Million Mark ist durch die Vertreter der gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Institutionen in bar eingezahlt worden. Die Verzinsung desselben ist durch den Gesellschaftsvertrag auf 4 Proz. beschränkt. Um das Aktienkapital in den ersten Jahren infolge der hohen Einrichtungskosten und durch etwaige Verluste aus anormaler Sterblichkeit nicht zu gefährden, ist von den gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Institutionen ein unverzinslicher Organisationsfonds in bar in Höhe von 200 000 Mk. eingezahlt worden, welcher in demselben Maße zurückgezahlt wird, in dem der Reservefonds anwächst. Für Erfüllung der vertragmäßigen Leistungen der Volksfürsorge ist dem Versicherten

mithin jede nur denkbare Garantie geboten. Bei dem Charakter der Volksfürsorge ist es selbstverständlich, daß sie keine hohen Direktorengehälter, keine Tantiemen an Vorstand und Aufsichtsrat und keine Dividenden an ihre Aktionäre zahlen wird.

Die Volksfürsorge ist ein gemeinnütziges Volksunternehmen; sie beschränkt sich nicht auf den Abschluß von Versicherungen in Gewerkschafts- und Genossenschaftskreisen; sie wird Versicherungen in allen Kreisen der Bevölkerung, ob gewerkschaftlich und genossenschaftlich organisiert oder nicht, abschließen.

Die Versicherungen der Volksfürsorge sind grundsätzlich nach zwei Arten geschieden: in Kapitalversicherungen mit festen Halbmögensprämien und in Sparversicherungen, bei welchen der Versicherte einzahlen kann, wann, wo und wieviel er will und die Versicherungssumme entsprechend den geleisteten Einzahlungen wächst. Ergänzend zur Sparversicherung tritt die Mistlovericherung, bei welcher durch eine einmalige Jahresprämie oder Entrichtung derselben in 24 Halbmögensraten eine bestimmte größere Summe von vornherein versichert werden kann.

Bei den Kapitalversicherungen sind die Versicherten am Gewinne der Volksfürsorge beteiligt. Der bilanzmäßig auf die einzelne Versicherung entfallende Gewinnanteil wird den Versicherten am Schluß des nächsten nach dem Gewinnjahre beginnenden Versicherungsjahres gutgeschrieben und mit 3½ Proz. Zinseszins von der Gutschrift an mit der zuerst fälligen Versicherungsleistung ausgezahlt.

Aus dem Jahresüberschusse werden nur die Summen entnommen, die zur weiteren Entwicklung und zur Sicherheit des Geschäfts absolut notwendig sind; den gesamten verbleibenden Ueberschuss erhalten die Versicherten. Jeder Versicherte ist an dem Ertrage des Unternehmens genau so beteiligt, als ein Geschäftsinhaber an dem Ertrage seines eigenen Geschäfts.

Das Interesse der Volksfürsorge ist gleich dem Interesse der Versicherten; je mehr sich die Volksfürsorge entwickelt, desto größer der Jahresüberschuss und desto höher, der Gewinnanteil, der dem Versicherten alljährlich zu seiner Versicherungssumme gutgeschrieben wird.

Dieser grundsätzliche Unterschied der Volksfürsorge gegenüber der kapitalistischen Volksversicherung kann nicht scharf genug betont werden; wird er im Volk überall verstanden und gewürdigt, so wird die Volksfürsorge in jedem Versicherten einen Mitarbeiter haben, der in seinem eigenen Interesse unablässig neue Versicherungen für sie zu werben bestrebt sein wird.

## Wie man Fremden-Legionär und Deserteur werden kann.

Am herrlichen Genfer See war es. Dort, wo das berühmte Schloß Chillon sich in den smaragdgrünen Wellen spiegelt und der Fußweg von Territet eine Wegung gen Süden macht, von wo man eine wunderbare Aussicht über den See, auf die Savoyer Alpen und die nördlichen französischen Dörfer jenseits des Lac Lemán hat. Auf einer einsamen Bank ruhte ich aus von einem Spaziergang nach dem prägnanten Montreux und wollte gerade anfangen, meinen Vortrag für den Abend noch einmal zu memorieren, als sich ein Arbeiter zu mir setzte, der mich von der Agitation in Lausanne her kannte.

Es berührte mich außerordentlich angenehm, daß er nicht vom Wetter erzählte. Nicht einmal meine Vorträge, die er angehört, benötigte er als Anknüpfungspunkt, was mich noch mehr freute. Aber meine sehnsüchtigen Blicke nach dem hell in der Sonne glühenden Dent du Midi und Gromont, den beiden Niesen unter den Savoyer Alpenipfeln, erriet er und deutete sie. Er war schon drüben gewesen, ich nicht. Aber morgen wollte ich einmal diese verlockende Tour wagen. Ob er mittäme?

„Nein!“

„Wie? Nicht mit auf den Gromont?“

„Nein, denn ich darf nicht hinüber!“

„Darf nicht? Wie soll ich das verstehen? Drüben ist doch Frankreich, das freie Frankreich! Mit dem Schiff sind wir in 25 Minuten drüben.“

„Mit einem Male wurde er ganz sentimental.“

„Nein, ich darf nicht! Die Freunde vom Arbeiterverein in Lausanne gehen fast jeden Samstag hinauf und haben mich hundertmal gequält, doch einmal mitzukommen. Aber ich darf nicht nach Frankreich, wenn ich nicht zwei Jahre Gefängnis riskieren will!“

Als er sah, wie lebhaft mich dieses „ich darf nicht“ interessierte, begann er zu erzählen. Zuerst schüchtern, dann lebhaft, schließlich eifrig und laut:

„Ich war mit noch einem Genossen als Handwerksbursche in Südfrankreich, im Herbst 1911. Von Belfort aus waren wir nahezu völlig abgebrannt; unser gemeinsames Vermögen bestand aus 3 Sous (12 Pf.), aber wir hofften in Reuil arbeiten zu können. Just als wir nun das Reich nahezu erreicht hatten, Velfous, Combeau und Fontaine hatten wir bereits passiert, taucht ein baumlanger Gendarm vor uns auf und fragt nach unseren „legitimations“. Leider sprach und verstand ich damals fast noch kein Wort Französisch und selbstverständlich war dem Gendarmen das Deutsche ebenso fremd. „Venez avec moi!“ („Kommen Sie mit mir!“). Das war alles, was er zu sagen geruhte, und an seiner energischen Handbewegung merkten wir nur zu deutlich, was er mit uns vorhatte. Er drehte sich und uns um und brachte uns nach dem 2½ Stunden entfernten Combeau zurück, moßte er uns im Spritzenhaus unseren Gedanken überließ. All unser Protestieren half nichts. „Parle-t-il le français, Messieurs!“ („Sprechen Sie französisch!“) Damit entfernte er sich.

Dann brachte er uns ein Stück Weißbrot, stellte uns einen Krug mit dünnem Most hin und verschwand wieder. Nun, dachten wir, er wird den Vorhändler holen, dem zeigen wir dann unsere Papiere, die völlig in Ordnung sind und dann werden wir freigelassen.

Aber wir warteten die ganze Nacht vergeblich. Am anderen Morgen in aller Frühe holte uns der Baumlänge aus dem Käfig heraus und schob uns ohne viel Federlesens die Chauffee entlang — nach Belfort zurück! Alle acht Kilometer wurde Rast gemacht, bis wir nach vier Stunden glücklich in der Gegend landeten.

Die Kapitalversicherungen sind bei der Volksfürsorge derart kalkuliert, daß mit ihrem längeren Bestehen ein fortgesetzt wachsender Gewinnanteil den Versicherten zugute kommen muß. Die Grundlage für die Berechnungen der Nettoprämien bildet die Volkstertafel von 1891 bis 1900. Da nach dieser Sterbetafel die Sterblichkeitsverhältnisse günstiger sind als nach den von den älteren Lebensversicherungen angewandten alten Sterbetafeln, sind die Prämien bei der Volksfürsorge niedriger resp. deren Versicherungssummen verhältnismäßig höher als bei den alten Gesellschaften.

Die Leistungen einer Versicherungsgesellschaft sind jedoch nicht allein nach der Höhe der in ihren Tarifen angegebenen Versicherungssummen zu beurteilen, sondern, wenn zu diesen, wie bei der Volksfürsorge, die Gewinnbeteiligung der Versicherten tritt, nach dem den Versicherten alljährlich aus dem Jahresüberschusse zugewiesenen Gewinnanteil; außerdem aber auch nach den Bestimmungen über den Verfall, den Rückkaufswert und die Umwandlung von Versicherungen.

Bei den Tarifen der Volksfürsorge kam es zunächst hauptsächlich darauf an, sie so zu gestalten, daß den Bedürfnissen der Versicherungsnehmer in ihren verschiedenartigen Lebens- und Erwerbsverhältnissen Rechnung getragen wurde. Das ist dadurch erreicht, daß vermieden wurde, den Versicherungsnehmer, wie dies von anderen Gesellschaften geschieht, auf eine lange Periode, eventuell auf die ganze Zeit seines Lebens, zu binden.

Auch bei der reinen Todesfallversicherung (Tarif I) ist eine abgekürzte Prämienzahlung von längstens 15, 20, 25, 30, 35 und 40 Jahren vorgesehen. Der gleiche Grundsatz ist bei allen Tarifen gewahrt, bei der Versicherung auf den Todes- und Erlebensfall (Tarif II), bei welchem das versicherte Kapital beim Tode, spätestens nach Ablauf von 15, 20, 25, 30, 35 und 40 Jahren fällig wird, ebenso bei der abgekürzten Todesfallversicherung mit zehnjähriger Prämienzahlung (Tarif III). Das versicherte Kapital wird bei diesem Tarif beim Tode, spätestens mit vollendetem 65., 60., 55., 50., 45., 40. und 35. Lebensjahre fällig.

Bei der Kinderversicherung (Tarif IV) ist die Prämienzahlung ebenfalls auf eine kürzere Periode als bei anderen Gesellschaften, je nach dem Eintrittsalter von 0 bis 6 Jahren, auf 15 resp. 9 Jahre beschränkt.

Die Tarife für die Kapitalversicherung mit festen Halbmögensprämien bieten so mannigfache Variationen, daß ein Versicherungsnehmer auf Grund des Handbuchs, welches die Ver-

Nun aber war unsere Geduld zu Ende. Wir machten heidenmäßigen Krach, schimpften den Baumlänge ein übers anderemal einen Wegelagerer, einen Strauchdieb, einen summen Satan — und während wir selber über unsere Kühnheit und Unhöflichkeit erstanten, lächelte der Mensch nur und wiederholte sein maultierisches: „Parle-t-il le français“ in unnachahmlicher französischer Höflichkeit. Endlich wurden wir, nachdem wir einige Stunden in einer schmutzigen Zelle gewartet, in den Palace Justice gebracht und vernommen. Der Beamte, ein höflicher Mann, sprach etwas deutsch und es war gar nicht schwer, ihm zu beweisen, daß wir zu Unrecht verhaftet waren. Wenige Minuten später entließ er uns — wir waren frei. Grinsend zogen wir an dem Baumlänge vorbei, der zum Bahnhof ging, um heimzufahren.

Spät am Abend kamen wir wieder in Fontain an. Da wir inzwischen auch unsere 3 Sous für Brot ausgegeben hatten, konnten wir natürlich nicht daran denken, im Gasthof oder auch nur in einer Wasserzelle zu übernachten und kurz entschlossen kopften wir an die erste beste Haustür. Wie erstanten wir aber, als im Dunkel der anbrechenden Nacht ein baumlanges Erwas aus der Tür sich schob: unser lieber Freund Wegelagerer! Schon wollten wir antworten, da merkten wir, daß er uns nicht wieder erkannte und gern ließen wir uns von ihm nebenauf in eine Scheune einschließen, wo wir Heu und auch bald Schlaf fanden.

Als wir erwachten, war es bereits helllicher Tag, so gegen acht oder gar neun Uhr. Eiligst krochen wir aus dem Heu, stiegen — der Gendarm mußte uns offenbar vergessen haben — mit Hilfe einer Leiter auf den Boden und von dort die Hüfnerfeger herab auf die Straße und liefen, was wir nur laufen konnten, in der Richtung nach Longres davon. Unterwegs hatten wir hier und da etwas „gefackelt“, denn





deren Wichtigkeit infolge des Fehlens jeder textlichen Erläuterung wiederum jede Kontrolle fehlt. Somit sind in dem ganzen Heften auf weiteren 43 Seiten nur die einzelnen Positionen unseres Affordarieres wörtlich abgedruckt, wobei jedoch nicht die dem Arbeiter zu zahlenden Affordpreise aufgeführt sind, sondern auf die jeweiligen Einzelpreise sind schon aufgeschlagen: 1. 25-33% Proz. für Spezen und Handlungsunkosten; 2. 16% Proz. für etwaige Differenzen in der Größenberechnung oder für unvorhergesehene Schwierigkeiten und 3. 25 Proz. als Verdienstaufschlag, insgesamt also je 60% bis 75 Proz.

Nach dieser kurzen Inhaltsangabe wird sich jeder, der mit Kalkulationen zu tun hat, schon selber ein Urteil über die eventuelle Brauchbarkeit des Buches bilden können.

**Norwegens Buchgewerbe.**

In der neuen Ausgabe von Norges Handelskataloger, 1913-1914 sind verzeichnet: 397 Buchdruckerien, davon 111 in Kristiania (22 davon druden nur Afzibengen), 29 in Bergen, 11 in Trondhjem, 14 in Stavanger; 2 Schriftgießereien (nur in Kristiania); 4 Lichtdruckerien; 26 Reproduktionsanstalten (davon 16 in Kristiania); 32 lithographische Anstalten (davon 19 in Kristiania, je 4 in Bergen und Stavanger). Die Zahl der Fachgeschäfte (nur in der Hauptstadt) für Buchdruckerbedarf beträgt 9, für Lithographen 5, für Buchbindereibedarf 10. Ferner sind angeführt 215 Buchbinderereien (davon 59 in Kristiania, je 18 in Bergen und Stavanger, 8 in Trondhjem); 32 Kartonnagenfabriken (21 in Kristiania); 37 Litzen- und andere Papierwarenfabriken (20 in Kristiania); 4 Albusfabriken; 1 Briefumschlagfabrik; 1 Prägeanstalt; 7 Tintenfabriken (5 in Kristiania); 15 Ansichtskartenverleger und 1 Stahl- und Kupferdruckerie in Kristiania.

Papierfabriken sind 32 genannt, darunter 7 in Drammen; ferner 1 Lichtpauspapierfabrik (in Moß), 1 Tapetenfabrik, 8 Pappfabriken, 5 Dachpappfabriken.

Wenden wir uns dem Handel zu, so finden wir a. B. unter Kristiania verzeichnet: 24 Papiergroßhandlungen, 78 Papierfeinhandlungen (in Bergen 38, in Trondhjem 11, in Stavanger 14 usw.), 14 Tapetenhandlungen (5 in Bergen, 4 in Trondhjem, 6 in Stavanger), 79 Buchhändler (davon jedoch 41 Buch- und Zeitschriftenverleger), 5 Spielkartenfirmen. („Papierzeitung“)

**Was man mit den christlichen Gewerkschaften erleben kann.**

Unter dieser Überschrift hat die „Buchbinder-Zeitung“ in Nr. 24 eine der drei in Nr. 23 erwähnten Berichtigungen zu dem in Nr. 19 erschienenen Bericht über die Münchener Versammlung behandelt und dabei angedeutet, daß auch auf die zwei anderen Berichtigungen noch näher einzugehen sein wird. Eine diesbezügliche Zuschrift mußte aber wegen Raummangels immer wieder zurückgestellt werden, da nach unserer Ansicht die Berichterstattung über unsere eigenen Organisationsereignisse für unsere Mitglieder denn doch wichtiger ist als wie dieses ewige Meinlichkeitsgeplänkel mit den christlichen Organisationszerpflitterern. Wir hatten nun allerdings die Absicht, oben erwähnte Zuschrift nach so langer Zeit überhaupt nicht mehr zu bringen, haben uns damit jedoch den Horn der Redaktion vom Organ des christlichen Graphischen Zentralverbandes zugezogen, welcher anscheinend unsere Artikel in Nr. 23 und 24 derart mitgepielt haben, daß sie nichts darauf zu erwidern wußte und die deshalb mit Ungebild auf die von uns angefügten Auslassungen zu den anderen Berichtigungen wartet, um sich dann nach der dort üblichen Regel an diesen festzuheften. (Siehe Nr. 14 der „Graphischen Stimmen“ vom 5. Juli 1913.) Am diese Ungebild wenigstens etwas zu beschwichtigen, wollen wir der verehrlichen Redaktion den Gefallen tun und uns auch noch mit den zwei anderen Berichtigungen befassen.

Zunächst die Berichtigung der „Zentrale Köln des Graphischen Zentralverbandes“, welche unsere Redaktion trotz der Drohung mit dem ominösen § 11 des Preßgesetzes nicht veröffentlichte, weil, wie in Nr. 24 schon ausgeführt ist, der Verbandsvorsitzende Hornbach etwas zu berichtigen sich anmaßte, was ihm aus eigener Anschauung gar nicht bekannt sein konnte, denn über Vorkommnisse in den Versammlungen der Zahlstelle des Graphischen Verbandes in München müssen die Teilnehmer an diesen Versammlungen doch wohl besser unterrichtet sein, als wie die Zentraleitung dieses Verbandes in Köln,

Die Behauptungen des Vorsitzenden Hornbach über „tatsächlich unwahre Angaben“ in dem Referat, welches der Kollege W. D. Müller in einer Versammlung der Zahlstelle Münchens unseres Verbandes über das Thema: „Meine Erfahrungen in der christlichen Gewerkschaft“ gehalten hat, treffen denn auch in seinem der von ihm berichtigten drei Punkte zu, sondern wahr ist und bleibt, daß der Genannte Dr. Müller in einer im Frühjahr 1910 abgehaltenen Versammlung der Zahlstelle Münchens des Graphischen Zentralverbandes über den katholischen Presseverein oder die katholische Presse referierte. Wohl wurde auch die Bedeutung der Presse im allgemeinen berührt, das schließt aber doch die Tatsache nicht aus, daß die Organisation des katholischen Pressevereins in den Erörterungen herangezogen wurde. Ferner ist es Tatsache, daß am Schluß des Vortrages eine Aufforderung an die Versammlung erging, die katholische Presse zu unterstützen und dem „Katholischen Presseverein“ beizutreten. Diese Aufforderung erging durch den Versammlungsleiter. Wie bestimmt man sogar im voraus wußte, daß der Vortrag des Herrn Dr. Müller der Neutralität zuwider ist, geht daraus hervor, daß zu Beginn der Versammlung bekannt gegeben wurde: „Wenn protestantische Mitglieder anwesend seien, so möchten sie während des Vortrages das Lokal verlassen.“

Unleugbar wahr ist ferner, daß am 4. November 1911 ein Vortrag gehalten wurde über das Thema: „Die religiösen Verhältnisse in Alt-München“, und daß dieses Referat in einer glorifizierung der katholischen Kirche und der Mutter Gottes gegipfelt hat. Unwahr, ja glatt erfunden ist, daß der Vortrag die historische Entwicklung Münchens wiebergab. Bemerkenswert ist noch, daß Herr Frank damals mit dem Kollegen W. D. Müller der Ansicht war, daß der Vortrag die Neutralität verletzete.

Die Gesinnung gegen den „Rotblod“ zugunsten des Zentrums hat ebenfalls genau so, wie behauptet, am 16. Dezember 1911, kurz nach Schluß der Versammlung, stattgefunden. Die Regelpartei, an der von den noch 15 anwesenden Mitgliedern nur drei oder vier teilnahmen, begann erst nach der Sammlung, währenddem einige Mitglieder den „Vers“ dichteten.

Zu der Berichtigung des Gauleiters Jos. Wächter vom Graphischen Zentralverband sei nur bemerkt, daß wir rein gar keinen Wert darauf legen, ob der den Vorsitz in der fraglichen Versammlung führende Kollege „Wächter“ oder „Wolters“ hieß. Wert ist nur darauf zu legen, daß der Vortrag tatsächlich stattgefunden hat, und das kann nicht hinweg „berichtigt“ werden.

Den Höhepunkt der Berichtigungsmöglichkeit aber erreicht der Sekretär des christlichen Ortsrats in München, wenn er in Abrede stellt, daß im Jahresbericht für 1911 keine Ortsgruppe mit höheren Mitgliederzahlen angeführt sei, als diese in Wirklichkeit damals hatten. Dem steht die Tatsache gegenüber, daß Herr Kaeffrage dem Kollegen W. D. Müller in dessen Eigenschaft als zweiter Vorsitzender des christlichen Ortsrats in München im Frühjahr 1912 bei einer Unterredung die Mitteilung gemacht hat, daß verschiedene Ortsgruppen mit zu hohen Mitgliederzahlen angeführt seien und besonders die Ortsgruppe der Hilfsarbeiter eine „große Portion“ zugelegt bekam. Er begründete dieses mit den Worten: „Wir hoffen, daß sich bis nächstes Jahr die Mitgliederzahlen wieder heben.“ Dieses Geständnis ist allerdings nicht schriftlich, sondern nur mündlich erfolgt, und wenn es nun in der Berichtigung bestritten wird, so schließen wir uns vollkommen der schon in Nr. 24 der „Buchbinder-Zeitung“ veröffentlichten Anmerkung an, daß man einer solchen Berichtigung glauben kann oder auch nicht.

**Gewerkschaftliche Rundschau.**

Der Verband der deutschen Buchdrucker hielt vom 16. bis 22. Juni in Danzig seine 8. ordentliche Generalversammlung ab, welche am 15. Juni mit einem Festkommers eingeleitet wurde, bei dem als offizieller Vertreter der Stadt Danzig, der Stadtrat Troop die Delegierten begrüßte. Dieser feierte in seiner Ansprache die Buchdruckerfamilie als Kulturfaktor von eminenter Bedeutung, und bemerzte unter anderem, es sei erfreulich, daß der Verband der Deutschen Buchdrucker, welcher die größte Hilfsorganisation aller Kulturstaaten darstelle, sich nicht ausschließlich auf den Kampfpunkt stelle, sondern in vorbildlicher Weise die Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse auf friedlichem Wege zu erreichen suche. Auf dieses Bestreben sei in erster Linie das Interesse zurückzuführen, welches die Danziger Gemeindeführer der Tagung des Verbandes entgegenbringe. Andererseits habe man aber auch für die segensreiche Tätigkeit des Verbandes auf dem Gebiete des Unterstützungswesens volles Verständnis. Der Vorsitzende Döblin erwiderte unter andern, daß der Deutsche Buchdruckerverband lediglich auf Grund der Solidariät der Kollegen groß geworden sei und daß die Unterstützungseinrichtungen nicht Selbst-

zweck, sondern lediglich Mittel zum Zweck seien. Döblin wies ferner darauf hin, daß die friedliche Entwicklung und das tarifliche Verhältnis zwischen Arbeiter und Unternehmer zurzeit von einer gewissen Scharfmaacherliche bedroht werde und man daher nicht wissen könne, ob der Friede noch von langer Dauer sein werde.

Nach dem vorliegenden Geschäftsbericht, der sich auf die beiden letzten Jahre erstreckt, stieg in dieser Zeit die Mitgliederzahl von 61 924 auf 67 273 Mitglieder. Die ruhige, imposante Entwicklung des Verbandes konnten weder die Angriffe der Scharfmaacher im Unternehmertum, noch die Zerpfitterungsverfuche des Christlichen Guttenbergbundes aufhalten. Auch die finanzielle Entwicklung ist eine erfreuliche. Die Jahreseinnahmen der Verbandskasse aus Eintrittsgeldern, Verbandsbeiträgen und Zinsen betrug im Jahre 1911 je 2911 Mk., 3 368 730 Mk. und 309 016 Mk., zusammen 3 680 666 Mk. und im Jahre 1912 je 2410 Mk., 3 487 250 Mk. und 409 065 Mk., zusammen 3 898 065 Mk. In beiden Jahren zusammen eine Einnahme von 7 579 331 Mk. Die Ausgaben betrugen in der gleichen Periode je 2 913 526 Mk. und 3 128 332 Mk., zusammen 6 041 858 Mk. Der Vermögensbestand ist von 8 207 361 Mk. am 31. März 1911 auf 9 788 791 Mk. am 31. März 1913 gestiegen.

Von den Ausgaben entfielen in den beiden Berichtsjahren 1911 und 1912 auf:

	1911	1912
Reiseunterstützung	188 586 Mk.	227 453 Mk.
Arbeitslofenunterf.	920 613	1 151 607
Krankeunterstützung	977 421	906 916
Invalidenunterf.	334 518	358 614
Vergrößerungsb.	93 401	98 174
Umzugsunterstützung	40 489	43 700

Der Geschäftsbericht des Tarifamts konstatiert gleichfalls für 1911/12 eine erfreuliche Weiterentwicklung der Tarifgemeinschaft, indem sich diese nun in 2242 Orten auf 8051 tariftreue Firmen mit 66 976 Gehilfen erstreckt. In der Diskussion über den Rechenschaftsbericht hat die Generalversammlung die geschäftliche Tätigkeit des Vorstandes allgemein anerkannt und diesen gegen eine Stimme genehmigt. Bei Beratung der Anträge auf Abänderung der Unterstützungseinrichtungen platzten die Meinungen ziemlich scharf aufeinander. Während ein Teil der Delegierten für eine Erhöhung der Unterstützungseinrichtungen eintrat, wandten sich andere entschieden dagegen; diese wollten den gewerkschaftlichen Charakter der Organisation gewahrt wissen und einer Beitragserhöhung nur zustimmen, wenn diese Gelben lediglich für die gewerkschaftlichen Zwecke des Verbandes reserviert bleiben. Die ganze Materie wurde einer 15gliedrigen Kommission überwiesen, welche dann dem Plenum eine Vorlage empfahl, nach welcher auf der Basis des bestehenden Vertrages keine Erhöhungen der Unterstützungssätze eintreten, sondern nur eine gerechte Ausgleichung zwischen Leistung und Gegenleistung erfolgen soll. Diese Vorlage wurde von der Generalversammlung en bloc und einstimmig angenommen.

Zur Beratung über die allgemeine und tarifliche Lage gab der Verbandsvorsitzende Döblin in ausführlicher Weise ein Bild von der allgemeinen gewerblichen Lage und den Spezialfragen des Buchdruckerberufes, wobei er besonders die Entwicklung der Tarifgemeinschaft ausführlich behandelte und auf die für die nächste Tarifrevision zu erwartenden Schwierigkeiten verwies. In einer Resolution sprach der Verbandstag dem Vorstände sein volles Vertrauen aus, bekräftigte einmütig den Willen zur Festhaltung an der Tarifgemeinschaft, forderte aber auch die Mitglieder der Organisation zur eifrigen Mitarbeit an den gewerkschaftlichen Aufgaben des Verbandes auf, um für alle Eventualitäten gerüstet zu sein.

Ein weiterer wichtiger Gegenstand der Besprechung bildete die Arbeitslofenfrage. Auch hierzu legte der Verbandstag seine Meinung in einer Resolution fest, die verschiedene Maßnahmen in bezug auf Ueberstundenarbeit, Lehrlingswesen usw. forderte. Ueber „Gewerbliche und tarifliche Rechtsprechung“ referierte Schlegler-Berlin. Er wünschte besonders Reformen bei der Behandlung von Kontraktbruchs- und Schadenersatzklagen und meinte unter Anführung von Beispielen, daß die tarifliche Rechtsprechung so gestaltet werden müsse, daß sie mit der allgemeinen rechtlichen Rechtsprechung nicht kollidiere. Die Debatte über diesen Punkt war nicht sehr fruchtbar, da die Anschauungen weit auseinander gingen. Längere Zeit nahm die Behandlung der Anträge zu den einzelnen Sparten in Anspruch sowie die Einzelanträge, die strengere Vorschriften für die Aufrechterhaltung der Mitgliedschaft und den Wiedereintritt in die Organisation forderten, sowie die Anträge zum Fachorgan. Mehrfach wurde gewünscht, den „Korrespondent“, der bei annähernd 70 000 Mitgliedern in einer Auflage von rund 50 000 Exemplaren erscheint, obligatorisch einzuführen, was indessen abgelehnt wurde. Die Haltung des Fachorgans wurde

durch einstimmige Wiederwahl der Redaktion gebil- digt. Auch die vier Verbandsfunktionäre des Haupt- vorstandes wurden glatt wiedergewählt.

Eine besondere Ehrung wurde Döblin zuteil, in- dem ihm in Anbetracht seines am 9. September ein- tretenden fünfundsingzigjährigen Jubiläums als Verbandsvorsitzender von den Gauleitern eine Ehren- gabe überreicht wurde, und der Verbandstag beschloß, ihm bei eintretender Behinderung mit 75 Proz. seines Gehalts zu pensionieren. Der letztere Beschluß wurde auch in bezug auf den Kassierer Eißler gefaßt. Der nächste Verbandstag findet in Leipzig statt.

Der Verband der Buch- und Steinbrucker- druckarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands ver- öffentlicht seinen Verwaltungs- und Rechenschafts- bericht für das Jahr 1912. Danach war das Ver- richtsjahr für diese Organisation ein sehr reichliches, und es bedurfte einer unangenehm anstrengenden Arbeit, um die zutage tretenden inneren und äße- ren Schwierigkeiten zu bewältigen. Ende 1911 lie- gen die in 20 Druckorten seit fünf Jahren beitan- dener Lohnsätze ab, die zu erneuern die Unterneh- mer keine Lust mehr zeigten. An dieser Tarifmüdig- keit scheiterten denn auch die Verhandlungen über die Revision der zentral abzufließenden allgemeinen Bestimmungen, weil die Vertreter der Hilfsarbeiter der Einführung bedeutender Verschlechterungen des Arbeitsverhältnisses, besonders aber einer Verlän- gerung der Arbeitszeit nicht zustimmen konnten. Durch die Vermittlung des Tarifamts der Deutschen Buch- drucker kam es dann doch zu einer Einigung für zehn Städte mit ganz annehmbaren Verbesserungen ein- zelner Bestimmungen und einer Erhöhung der Mini- mallehnhöhe um 12½, 10, 7½ und 6 Proz. Die Wiedereinführung des Tarifes in den übrigen Orten war dadurch ganz besonders erschwert, weil durch die kurz vorher beendigte große Bewegung im Stein- druckgewerbe die dort dominierenden Schatzmacher ihren unheilvollen Einfluß gegen die Tarifabschlüsse teilweise mit Erfolg geltend machten. Hinzu kommt noch, daß durch das tariffeindliche Verhalten des da- maligen Leiters der Berliner Zählstelle für manche Unternehmensgruppen ein willkommener Anlaß ge- geben war, ihre Abneigung gegen Tarifabschlüsse hinter der „Tarifunreise“ des Hilfspersonals ver- zehnen zu können. Ein außerordentlicher Ver- bandstag, der im Februar 1912 in Berlin tagte, er- klärte sich aber mit der von der Verbandsleitung ein- geschlagenen Taktik einverstanden und ebnete damit die Wege für eine erfolgreiche Weiterarbeit. Es ist dann im Laufe des Jahres gelungen, in noch acht Städten den Tarif auf der Grundlage des zentralen Abschlusses zur Einführung zu bringen und in einer Reihe von Lohnbewegungen die Lohnverhältnisse für einen großen Teil der Mitglieder zu verbessern.

Die Einnahmen der Verbandstasse beliefen sich auf 354 875,70 M., die Ausgaben auf 312 339,91 M. Der Vermögensbestand ist von 57 933 M. am Schluß des Vorjahres auf 100 469 M. gestiegen. An Unter- stützungen wurden bezahlt 174 001,68 M., und zwar: 90 402,20 M. für Arbeitslose, 42 274,80 M. für Kranke, 30 139,87 M. für Streikende, 5320,— M. für Wöchnerinnen, 3235,02 M. für Rechtschub, 1836,19 M. für Gemäßregelte und 786,50 M. bei außerordentlichen Vorfällen. Die Verwaltungsaus- gaben beziffern sich auf 68 151,83 M. Das Ver- bandsorgan erforderte 28 010,59 M.

Der Mitgliederbestand betrug am Jahreschluß 7048 männliche und 8538 weibliche, zusammen 15 586 Mitglieder, die sich auf 72 Zählstellen verteilen. Im Vorjahre wurden 16 965 Mitglieder gezählt, so daß ein Verlust von 1379 Mitglieder zu verzeichnen ist. Dieser ist wohl nur darauf zurückzuführen, daß in- folge der Aussperrung im Steinbrudergewerbe ein sehr großer Zulauf von Mitgliedern zu verzeichnen war. Diese Mitglieder haben natürlich nur wenig Beiträge bezahlt, und als nach Beendigung der Aussperrung auch die Auszahlung der Unterstützung an die Nicht- berechtigten eingestellt wurde, dem Verbands wieder den Rücken gekehrt. Das ist eine Erscheinung, die nach jedem größeren Lohnkampf auch in anderen Or- ganisationen zu beobachten ist, und da das vierte Quartal 1912 gegenüber dem Vorquartale wieder eine Zunahme der Mitgliederzahl aufweist, so dürfte die Organisation die Krise des Jahres 1912 endgültig überwunden haben.

Gelesene Nummern der „Buchbinder- Zeitung“ wirft man nicht fort, sondern gibt sie an nichtorganisierte Kollegen weiter

Internationales.

Zur Internationalen Konferenz in Brüssel sind nachträglich auch noch Glückwunschschriften eingelaufen aus Indianapolis vom Vorstand des Internationalen Bruderbundes der Buchbinder Nord-Amerikas sowie aus Madrid von den organisierten Buchbindern Spaniens. Letztere teilen dabei mit, daß sie von dem Stattfinden der Internationalen Konferenz unterrichtet sind, aber leider nicht, wie es ihr Wunsch wäre, bei der- selben vertreten sein können. Sie würden sich den Entschlüssen der Konferenz anschließen und wünschen alles Gute und wirtschaftliche Befrei- ung für die Sache der Arbeiter.

Aus Amerika wird mitgeteilt, daß die dortige Organisation zurzeit aus ca. 10 000 Mitgliedern besteht, von denen 40 Proz. weibliche sind. Seit Oktober 1907 sei dort der Achtstundentag durch- geführt. Sie müßten in den letzten zwei bis drei Jahren viel Zeit und Aufmerksamkeit auf die Organisation der Berufsangehörigen im Lande verwenden und können daher zu der Internatio- nalen Konferenz keinen Delegierten senden. Die Aufforderung zum Anschluß an das Internationale Sekretariat zirkuliere gegenwärtig bei den einzel- nen Lokalorganisationen und werde bei dem vom 8. bis 14. Juni 1914 in Denver, Colo., stattfinden- den Kongreß zur Diskussion gestellt werden. Sie senden der Internationalen Konferenz die besten Wünsche und hoffen, daß diese für unser Gewerbe von großem Nutzen sein möge.

Korrespondenzen.

Gesperrt sind:

Deutschland:

- Breslau (Firma M. Kragen u. Co.).
Hagen i. W. (Firma Schlegel und v. d. Heyden).

Vor Arbeitsannahme nach nachverzeichneten Orten oder Betrieben ist besondere Ers- kundigung bei den örtlichen Bevollmächtigten notwendig:

Deutschland:

- Arnstadt.
Dortmund.
Hanau.
Jserlohn.
Konstanz.
Minden.

Oesterreich:

Wsch i. B. (Buchbinder und Kartonnagen- arbeiter und -arbeiterinnen).

Rumänien. (Infolge angedrohter Aus- sperrung.)

Schweiz:

- Chur-Davos (Buchbinder).
Lucern (Buchbinder).
Lausanne (Buchbinder).

Berlin. Bei der am 5. Juli stattgefundenen Wahl der Revisoren zum Verbandsvor- stand wurden 1588 Stimmzettel abgegeben. Davon waren 77 ungültig.

Stimmen erhielten die Kollegen Otto Wienke 1152, Eugen Brückner 1120, Leopold Jünemann 1032, Kollegin Lucie Krzymin 962, die Kollegen Paul Schade 924 und Theodor Teitscher 763 Stimmen. Diese sechs Mitglieder gelten somit als gewählt. Weitere Stimmen erhielten die Kollegen Karl Krüger 728, Rudolf Seemann 477, Otto Winkel 371, Hugo Sauer 364 und Richard Dähne 352.

Bei der im gleichen Wahlgang vorgenommenen Wahl der Revisoren für die Verbands- kasse wurden gleichfalls 1588 Stimmzettel abge- geben, von denen 109 ungültig waren.

Als Revisoren wurden gewählt die Kollegen Fritz Freudreich (1288 Stimmen), Ray Schönfelder (1215), Otto Röll (1075) und Rudolf Lohr (1069). Kollege Paul Kiemer blieb mit 733 Stimmen in der Minderheit.

Die Ortsverwaltung.

Königsberg i. Pr. Eine Mitgliederverjam- lung, welche sich mit der Stellungnahme zu unserer Tarifkündigung befaßte, fand hier am 30. Juni statt. Bezirksleiter Kollege Bruds-Breslau, welcher das einleitende Referat übernommen hatte, führte in anschaulicher Weise den Verfall der arge Miß- verhältnis der hiesigen, gegenwärtig noch bis zum 30. September bestehenden Tarifpositionen mit den teureren Lebensverhältnissen vor Augen. Die Lebens- mittel sind im Jahre 1912 um 11 Proz. gestiegen.

Die Wohn- und Ernährungsverhältnisse Königsbergs stehen mit denen Berlins auf gleicher Höhe, während die Lohnverhältnisse ungeheuer niedrig sind. Redner schilderte die Folgen dieser mickrigen Lohnverhält- nisse und bemerkte, daß auch die weiblichen Berufs- angehörigen in dem zu schaffenden neuen Tarif, der ja ein Gauarist werden soll, mit eingeschlossen wer- den müssen. Die Agitation speziell unter den Stolle- ginnen muß daher in der rechten Weise weiter ge- handhabt werden. Die Ausführungen des Referen- ten wurden mit großem Beifall aufgenommen und bewegte sich die Diskussion in demselben Sinne. Fol- gende Resolution fand einstimmige Annahme:

„In der Erwägung, daß der im Jahre 1909 ab- geschlossene Tarifvertrag den gegenwärtigen Verhält- nissen nicht mehr entspricht, erklärt sich die am 30. Juni tagende Versammlung der in den Buchbindereien, Kar- tonnagen- und Papierwarenfabriken beschäftigten Ge- hilfen, Arbeiter und Arbeiterinnen mit der Kündigung des Tarifes einverstanden. Sie erachtet einen Tarif- abschluß für die Provinzen Ost- und Westpreußen als wünschenswert und beauftragt die örtlichen Organi- sationen in Gemeinschaft mit der Gauverwaltung, dem Bezirksleiter und der Kollegenschaft der in Betracht kommenden Orte, geeignete Schritte zwecks Anbahnung einer solchen Tarifgemeinschaft zu unternehmen.“

Unser Verbandsstabsdelegierter Kollege Kohnert gab sodann einen ausführlichen Bericht über die Ver- handlungen und Beschlüsse des Verbandstages, wel- cher beifällig aufgenommen und von Bruds ergänzt wurde. — Sodann machte der Vorsitzende bekannt, daß die hiesige Zählstelle am 20. Juli eine Dampfer- fahrt nach Inseebad Neuhäuser unternimmt und er- suchte um rege Beteiligung, desgleichen zur Feier des 25jährigen Berufsjubiläums des Kollegen Korff am 5. Juli. Er schloß die Versammlung mit einem Appell an alle Kollegen und Kolleginnen, nunmehr mit gan- zer Kraft an die Agitationsarbeit zu gehen, damit es uns möglich ist, unseren neuen Forderungen durch eine fest ge- und entschlossene Masse den nötigen Nachdruck zu verleihen. So muß es uns gelingen, unsere neuen Tarifpositionen zeitensprechender und menschenwürdiger zu gestalten.

Konstanz. Am 21. Juni fand hier eine öffent- liche Versammlung statt, in welcher der Kollege Rübke-Chemnitz referierte. Das Konstanzener Zen- trumsblatt berichtet in seiner Nr. 172 über diese Ver- sammlung in folgender Weise:

„Eine interessante öffentliche sozialdemokratische Buchbinderversammlung in der „Germania“ in Konstanz. Man schreibt uns: Am letzten Samstag, abends 8 Uhr, fand in der „Germania“ eine vom sozialdemokratischen Buchbinderverband einberufene öffentliche Versammlung statt. Anwesend waren ungefähr 65 Personen, von denen mehr als die Hälfte den christlichen Gewerkschaf- ten angehörten. Seitens der sozialdemokratischen Ge- werkschaften war die Versammlung, trotzdem zu derselben sowohl durch Flugblätter als auch durch große Inzerate in der „Konstanzener Zeitung“ und der sozialdemokrati- schen „Volkswacht“ eingeladen wurde, schlecht besucht. Für den sozialdemokratischen Buchbinderverband sprach der Gauleiter Flüge von Chemnitz und Langer-Leipzig. Für die Interessen des christlichen Buchbinderverbandes und der christlichen Gewerkschaften sprachen mit gutem Erfolg der Vorsitzende des christlichen Buchbinderver- bandes der Ortsgruppe Konstanz, Herr Giering und Arbeitersekretär Binz von Singen.“

Dieser Bericht entspricht durchaus nicht der Wahrheit, wie man das von den in der Zentrums- presse veröffentlichten Berichten ja auch nicht anders erwarten kann. Wir stellen demgegenüber richtig, daß nicht nur 65, sondern mindestens 75 bis 80 Per- sonen anwesend waren. Von diesen waren 45 Mit- glieder unseres Verbandes, weitere zirka 30 Per- sonen bildeten nahezu das gesamte christliche Ge- werkschaftskartell, von denen ganze 7 Personen auf die hiesige Zählstelle des christlichen Graphischen Zen- tralverbandes entfielen.

Wir hatten zu dieser Versammlung nur die in Buchbindereien und in der Kartonnagen- und Papierbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiter- rinnen eingeladen und waren daher auch von unserer Seite nur diese Berufe vertreten, während die „Christlichen“ ihr ganzes Gewerkschaftskartell auf- geboten und noch extra einen Arbeiterssekretär aus Singen und einen Vertreterplattler des Zentrums- blattes mitgebracht hatten.

Kollege Rübke referierte über die Verhältnisse in unserem Beruf sowie über die Tarifverhältnisse des Deutschen Buchbinderverbandes. Er sprach rein sach- lich und nur über gewerkschaftliche Fragen. Seine Ausführungen fanden allgemeinen Beifall, sogar die Christlichen mußten ihm zustimmen. In der Dis- kussion ergriff zuerst der Vorsitzende der Zählstelle des Christlichen Verbandes, Kollege Giering — früherer Kassierer unserer Zählstelle Konstanz — das Wort. Dieser brachte die heillosen Fehler der früheren Ortsverwaltung, der er selbst angehörte, vor, und begründete damit seinen Austritt aus dem Deutschen Buchbinderverband und die Gründung



einer drücklichen Zahlstelle am hiesigen Orte. Auch kritisierte er einige Artikel der Buchbinder-Zeitung vom Jahre 1906, welche gegen sein religiöses Gefühl verstoßen haben sollen und entnahm daraus, daß die Buchbinder-Zeitung mehr politisch sei als gewerkschaftlich und daher der deutsche Buchbinderverband als sozialdemokratisch bezeichnet werden müsse.

Kollege Krüge gab in treffenden Ausführungen die richtige Antwort darauf, und forderte den Kollegen Giering auf, mehr bei der Wahrheit zu bleiben. Sodann verlangte ein Herr Witz, christlicher Arbeitersekretär aus Singen a. S. das Wort, der keine blasse Abnung von der Bewegung in unserem Beruf hat. Er vertieg sich zu der Behauptung, daß noch die Zeit komme, da die freien Gewerkschaften von den Christlichen überflügelt werden! Seinen Ausführungen konnte man entnehmen, daß er ein wichtiger Schüler von M. Glabach ist. Diesem Redner wurde von dem in der Versammlung anwesenden Kollegen Lange ein Trosden lachend beimgesagt. Man konnte sehen, daß Lange ihnen die Wahrheit sagte, denn wie ein Mann wanden sie auf und wollten den Saal verlassen. Ueberhaupt führten sie sich auf, wie unantwärtliche Menschen sich aufzuführen pflegen. In seinem Schlusswort führte Kollege Krüge aus, daß er sich von Anfang an sachlich gehalten habe, daß sich aber die Herren Christlichen nicht anders dazu verstehen konnten, als ins Politische überzugeben und so von dem eigentlichen Thema abzuweichen. Er erbrachte den Beweis, daß sie eine reine Zentrumsorganisation seien. Kollege Krüge fand auch bei den nichtorganisierten Kollegen ungeteilten Beifall und die Früchte zeigten sich gleich nach der Versammlung, indem sich mehrere Kollegen und Kolleginnen in unseren Verband aufnehmen ließen. Die Christlichen sind nun um eine Blomage reicher.

**Hannover.** In einer außerordentlich gut besuchten Mitgliederversammlung, die am 27. Juni im Gewerkschaftshause tagte, erstatteten unsere Delegierten Bericht vom Verbandstage. Kollege Kornacker entledigte sich dieser Aufgabe in einem 1½stündigen Vortrage. Er führte aus, daß aus dem Geschäftsbericht des Verbandsvorstandes hervorgehe, daß sich unsere Mitgliederzahl seit dem letzten Verbandstage um 8000 vermehrt habe. Zwischen den Verbandstagen von 1907 bis 1910 habe die Steigerung nur 5400 Mitglieder betragen. Es sei dieses ein Beweis dafür, daß die Werbetätigkeit unserer Organisation bedeutend gewachsen ist. Auch das Verbandsvermögen sei in erfreulicher Weise gewachsen. Einschließlich der Gelder in den Lokalkassen der verschiedenen Zahlstellen, könne der Verband auf ein rundes Vermögen von 1.200.000 Mk. blicken. Leider zeige sich infolge der überwiegenden Zunahme an weiblichen Mitgliedern die Erscheinung, daß die Jahresdurchschnittsleistung der einzelnen Mitglieder an Beiträgen im Sinken begriffen sei. Sollte diese Erscheinung nicht später zu einer Gefahr für den Verband werden, dann müsse ihr rechtzeitig vorgebeugt werden. Er, Redner, sehe deshalb im Vorgesatz zu seinen Mitdelegierten auf dem Standpunkte, daß eine mächtige Beitragserhöhung in allen 4 Beitragsklassen zweckmäßig gewesen wäre, und habe diesen Standpunkt auch auf dem Verbandstage vertreten. Der Verbandstag habe zunächst beschlossen, eine neue Beitragsklasse einzuführen und bestimmte Verdienstgrenzen festzulegen, nach denen die Mitglieder in den Beitragsklassen zu steuern hätten. Ob diese Einrichtungen ausreichend seien, um die Finanzverhältnisse des Verbandes auf einer gesunden Basis zu erhalten, müsse die Zeit lehren. Bei der Föhrung der Gegenläge auf wirtschaftlichem Gebiete und dem Erstarken der Arbeitgeberorganisationen, habe auch unser Verband die Pflicht, alles zu tun, um in den unaussprechlichen künftigen Kämpfen gewappnet dazustehen. Redner führt weiter aus, daß sowohl im Geschäftsbericht des Vorstandes wie auch unterm 2. Punkt der Tagesordnung der Hannoverische Streit eingehend besprochen worden sei. Der Lohnkommission seien Vorwürfe gemacht, daß sie den Streit nicht verhindert habe. Diesen Vorwürfen sei er sowohl wie Herzog entgegengetreten. Auch Harber, Berlin, habe sich, als Kenner der Hannoverischen Verhältnisse, der Hannoveraner warm angenommen. Unser Antrag, die noch bestehende Schuld von 4000 Mk. auf die Verbandskasse zu übernehmen, sei nur zum Teil angenommen. Es seien uns 2000 Mk. erlassen, die anderen 2000 Mk. aber als zinsfreies Darlehen gewährt worden. Die weit auseinandergehenden Meinungen in den Beitrags- und Unterförungsfragen haben dazu geführt, daß eine Eiferkommission gewählt wurde, die vor dem nächsten Verbandstag zusammenzutreten soll, um die zu diesen Fragen gestellten Anträge vorzubereiten und zu einer Vorlage an den Verbandstag zu arbeiten. Diese Kommission soll sich auch mit einer Vorlage zur Neuregelung der Gehaltsverhältnisse der Verbandsbeamten befassen. Eine diese Frage betreffende Vorlage, die auch neue Vorschläge einer zur Beratung dieser Vorlage eingesetzten Kom-

mission wurden auf dem Verbandstage abgelehnt, obgleich anerkannt wurde, daß wir mit den Gehaltsverhältnissen der Beamten in ein letzter Stelle stehen. Eine Vorlage, die Funktionäre des Verbandes, auch die Hausstofferer, gegen Unfall zu versichern, sei vom Verbandstage einstimmig angenommen worden. Bei Neuanstellung von Lokalbeteiligten sollen künftig auch die Zahlstellen gehört werden. In der Diskussion macht Hendrich den Delegierten den Vorwurf, daß sie sich nicht gegen die Haltung des Verbandsvorstandes in bezug auf die Wiederaufnahme der Streiftreter gewandt haben. Es sei ein Standal, daß Elemente, die die Niederlage ihrer Berufs Kollegen verschuldet hätten, nach zwei Jahren wieder in den Verband aufgenommen würden. Die Delegierten hätten sich auch gegen die Verwendung von Militärstütze bei der Begrüßungsfeier in Stuttgart wenden müssen. Der Verbandsvorstand habe den Mitgliedern in der Provinz große Hoffnungen gemacht, ihre Lage zu verbessern, er habe seine Versprechungen aber nicht gehalten. Die Bewegung in Hannover sei vom Verbandsvorstand nur zu dem Zwecke abgezwängt worden, um das Verbandsvermögen für die 3 Tarifstädte bereit zu halten. Wenn der Verbandsvorstand der Leitung in Hannover den Vorwurf mache, in der Not Schulden gemacht zu haben, so könne man ihm entgegenhalten, daß er selbst es 1906 noch viel schlimmer gemacht habe. Goppert und Herzog ergänzen den Bericht Kornackers noch in einigen Punkten. Kornacker wendet sich dann in längeren Ausführungen gegen die Vorwürfe Hendrichs und nimmt den Verbandsvorstand gegen die zum Teil völlig ungerechtfertigten Vorwürfe in Schutz. Goppert tritt diesen Ausführungen bei und erjucht dann zum Schlusse die Kollegen, in Zukunft alle Versammlungen so gut zu besuchen wie die heutige.

**Aus dem Gau 8.** Gelegentlich der Rückkehr vom Verbandstage in Stuttgart unternahm ich eine Agitationsstour durch die Städte des Gau 8, die nahe dem Wege lagen und zum Teil auf der Rückfahrt insoweit berührt wurden. Zunächst des Hessenlandes an der Eisenbahnstrecke Frankfurt a. M.—Kassel liegt die alte Universitätsstadt **Marburg a. L.** Kommt man von Süden, so fällt sie schon von weitem ins Auge. In weitem Bogen himmen die altsteinlichen Häuser, einen weit ins Lahnthal vorspringenden, noch zum Westerrand gehörenden Berggücken, den Schloßberg hinauf, dessen Höhe eine alte heilige Landgrafenburg krönt. Amphitheatralisch steigen die engen Gassen mit ihren schmucken Holzbauten den Berg empor und sind häufig durch steile Treppen miteinander verbunden. Hier und da eröffnen sich malerische Durchblicke hinab ins Tal, wo die Lahn ihre Silberbänder zieht und in der Ferne grüner Hügel und Berge. Man hat Marburg, die Perle des Hessenlandes genannt und soweit landesherrliche Reize in Frage kommen, ist sie es. In bezug auf unsere Berufsverhältnisse läßt sich das aber nicht sagen. Wie in fast allen kleineren Universitätsstädten ist auch in Marburg die Buchbinderei nur im Kleinbetrieb vertreten und die Jünger dieser Kunst, die der Wissenschaft erst den nötigen Halt gibt, gehören zu der schlecht bezahlten Arbeiterkategorie. Es sind 10 Buchbindereien am Ort, in denen insgesamt 27 Gehilfen und 1 Arbeiterin beschäftigt werden. Die Arbeitszeit beträgt noch 10 Stunden. Es arbeitet noch ein Kollege in Kost Logis mit 5 Mk. Lohn pro Woche. Zwei Kollegen haben 12 Mk. Lohn ohne Kost und Logis. Die Mehrzahl der Gehilfen erhält Löhne von 18 bis 21 Mk. Die größte Firma am Ort, die Firma Schaaf, sucht öfter durch Inzerate Buchbinder für 23—25 Mk. Kommen dann die Kollegen hin, so erhalten sie 17—18 Mk. und es bedarf erst energischen Drängens, um den versprochenen Lohn zu erhalten. Erst in neuerer Zeit haben sich die Kollegen etwas mehr organisiert und gehören jetzt zehn unserem Verbands an. In der am 23. Juni abgehaltenen Versammlung waren sämtliche Mitglieder erschienen. Hoffentlich wird das Licht der Organisation auch bald in die Köpfe der übrigen hineinscheinen, dann werden auch in Marburg andere Verhältnisse geschaffen werden können.

Am Dienstag, den 24. Juni, fand in **Osfesmar** eine Mitgliederversammlung statt. Hier sind sämtliche zehn am Ort befindliche Kollegen bis auf einen organisiert. Außerdem sind noch 5 Betriebsarbeiterinnen und 20—30 Heimarbeiterinnen vorhanden, die den Weg zur Organisation noch nicht gefunden haben. Im Jahre 1911 gelang es hier erstmalig, einen Tarif mit der Firma Käseberg abzuschließen.

Am Mittwoch, den 25. Juni, versammelten sich in **Kassel** die Kollegen im Lokale „Zum alten Fritz“, um den Bericht vom Verbandstag entgegenzunehmen. Anwesend waren von 60 Mitgliedern 35. Kassel steht unter einem unglücklichen Stern. Lange wirkten die Folgen eines unglücklichen Streits im Jahre 1907 nach, und erst als es im Jahre 1911 gelang, auf friedlichem Wege einen Tarif abzu-

schließen, begann sich die Zahlstelle wieder etwas zu erholen. Dennoch stehen noch zierla 50 Buchbinder der Organisation fern und in die Markomagenindustrie mit ihren zierla 500 Verfassangehörigen gelang es überhaupt noch nicht einzudringen. Dieses wird eine unserer nächsten Aufgaben sein.

Am Donnerstag, den 26. Juni, tagte eine Versammlung der Einzelmitglieder in **Höttingen** im Dehnhardtischen Lokale. Göttingen ist gleich Marburg Universitätsstadt. Auch hier ist fast nur Kleinbetrieb vorhanden. Beschäftigt sind 30 männliche Kollegen, von denen 26 der Organisation angehören. Durch mehrfache Lohnbewegungen gelang es hier, einen für die Kollegen einigermaßen annehmbaren Minimallohn zu erreichen. Der Geist unter der Kollegenchaft ist deshalb ein guter. Die Versammlung war gut besucht und die Kollegen waren mit den Beschlüssen des Verbandstages einverstanden.

**Arnsfeld.** Am 28. Juni hielt unsere Zahlstelle ihre monatliche Versammlung ab, in der Kollege Bauer den Bericht vom Verbandstage erstattete. In einem zweistündigen Vortrage schilderte Redner den Gang der Verhandlungen, woraus zu ersehen war, daß die Delegierten ihr Ganzes daran gesetzt haben, um für die Kollegenchaft etwas Gutes zu schaffen. Längere Ausführungen machte er über die Regelung der Beitragsleistung sowie des Unterförungswezens und betonte, daß man erst nach reiflicher Ueberlegung der Vorlage der Kommission zugestimmt habe. Er schloß seine Ausführungen, indem er zum Ausdruck brachte, daß die Kollegen nun auch zur die gefassten Beschlüsse eintreten mögen. Die Anwesenden dankten ihm durch reichen Beifall. In der Diskussion, die selbst einsetzte, konnten sich verschiedene Kollegen mit den Beschlüssen des Verbandstages nicht einverstanden erklären. Die Bescheidung der Prozedere erschwert den kleinen Zahlstellen die Tätigkeit. Durch dieselbe werden sich die Anträge auf Gewährung von Unterförungen beim Verbandsvorstand mehrern. Die Beitragsfrage wurde einer scharfen Kritik unterzogen. Alle Redner standen auf dem Standpunkt, daß durch den beschlossenen Beitrag mit seiner Verdienstgrenze die Agitation noch schwerer gemacht wird, besonders in den Bezirken, wo ein niedriger Minimallohn vorhanden ist. Begrüßt wurde die Vorlage zur Versicherung der Funktionäre gegen Unfall; getadelt dagegen, daß unser Bezirksleiter an den Verhandlungen nicht teilnehmen konnte. Eine solche Zurückstellung der Verbandsbeamten sei unkorrekt, da dieselben doch den Bezirk zu vertreten haben. In seinem Schlusswort fahle der Referent alles Gehörte zusammen und stellte einige Ausführungen richtig. Jetzt ein Urteil zu bilden, wäre verfehlt; erst nach Erwidern des Protokolls würde mancher Kollege andere Ansichten gewonnen haben.

Der Kartellbericht wurde wegen vorgerückter Zeit vertagt. Unter „Verschiedenes“ berichtete Kollege Schüb über die Tätigkeit der Agitationskommission, deren Arbeiten erfolgreich waren. Es sei aber noch vieles zu bearbeiten; er forderte deshalb die Mitglieder auf, mit Hand anzulegen und der Kommission das nötige Material zur weiteren Agitation zu besorgen. Erst nach Mitternacht fand die imposante Versammlung ihr Ende.

**Kirchheimbolanden.** Am 1. Juli blidte unser Vertrauensmann, Kollege **Adolf Kunze**, auf eine 50jährige Gesellschast zurück. Aus diesem Anlaß fand am Sonntag, den 29. Juni, im Lokal von Urban eine kleine, aber ernste Feier statt. Eingeleitet wurde dieselbe durch eine längere Ansprache des Gauvorsitzenden **Armbust-Mannheim**, welcher die Verdienste des Jubilars während seiner 17jährigen Mitgliedschast in Kirchheimbolanden hervorhob und ihn als Vorbild der übrigen Kollegenchaft nach jeder Richtung hinstellte. Als äußeres Zeichen unserer Anerkennung überreichte Redner im Namen des Gauvorstandes dem Jubilar die beiden Bände „Geschichte des Deutschen Buchbinderverbandes“ mit entsprechender Widmung. Genosse **Schneker** überbrachte im Namen der vereinigten Arbeitervereine von Kirchheimbolanden die Glückwünsche und stellte fest, daß der Jubilar zu jeder Zeit sich in den Dienst der Arbeiterbewegung am Ort gestellt hat. Seine Ämter in den verschiedenen Vereinen hat er stets mit der größten Pünktlichkeit ausgefüllt. Die Arbeiterchaft ist wohl sein Freund von Personalfutur, wenn jedoch wie hier einmal eine Ausnahme gemacht wird, so ist es einzig und allein dem Umstande zu verdanken, daß Kunze es verdient hat, gefeiert zu werden. Redner schloß seine Ausführungen mit einem Hoch auf den Jubilar und überreichte ihm ein schönes Blumenangebinde.

Sichtlich gerührt dankte der Jubilar für die ihm gewordene Ehrung, gab einen kurzen Rückblick über seine Tätigkeit innerhalb der Arbeiterbewegung, dabei hervorhebend, daß er als alter Leipziger schon in den 70er Jahren dort für die Interessen seiner Berufsgenossen mitgearbeitet hat und gab dem Wunsch Ausdruck, daß es der Arbeiterchaft gelingen möge, das ihr gesteckte Ziel in Wäbe zu erreichen.

Auch ein großer Teil der Kollegen von der Firma Ruff, welche sich leider der Organisation bis jetzt noch nicht anschließen haben, waren amwiegend und überbrachte auch hier ein Kollege im Namen seiner Mitarbeiter dem Jubilar seine Glückwünsche. Medner bedauert selbst, daß sie noch nicht Mitglieder der Organisation sind, obwohl auch sie schon längst deren Wert begriffen haben. Als Grund dafür gab er an, daß die alten Kollegen sich immer abseits vom Verband gestellt haben, die jüngeren Kollegen aber glauben, daß es für sie keinen Wert hätte, wenn nicht auch die Alten mit ihnen beitreten würden. Armbrust widerlegte diese Ansicht, indem er darauf hinwies, daß gerade die Jugend, welche ja die Zukunft für die Arbeiterbewegung ist, die Pflicht hat, sich der Organisation anzuschließen, damit sie auch in der Lage ist, sich bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erkämpfen als die Alten haben. Medner glaubt, daß die heutige Feier mit dazu beitragen werde, daß auch in Bälde die Kollegen in Kirchheimbolanden sich aufrufen, um geschlossen ihrer Organisation beizutreten, da dieses nur in ihrem eigenen Interesse sein wird.

Ein gemütliches Beisammensein bildete den Schluß der Feier, welche sehr gut besucht war. Glückwunschkartogramme bzw. Schreiben sind eingelaufen von den Zählstellen: Mannheim-Ludwigs-hafen, Heidelberg, Mandel, Saarbrücken und Trier.

**Danzig.** Am 26. Juni beschloßen die hiesigen Mitglieder, eine eigene Zählstelle zu gründen. Der Wunsch nach einer solchen war sehr lebhaft und wenn sich die Kollegen ebenso regt an den Verwaltungs- und Agitationsarbeiten beteiligen werden, dann dürfte die eben geborene Zählstelle eine gesunde Entwicklung nehmen. Kollege Mohrert-Königsberg berichtete über die Verhandlungen des Verbandstages. Am 5. Juli vereinigte sich der Agitationsausschuß mit einigen arbeitsfreundlichen Kollegen, um mit dem Bezirksleiter Bruns-Breslau die einzuleitende Agitation zu besprechen. Der nächste Tag zeigte uns, daß durch Hausagitation gute Erfolge zu erzielen sind. Dadurch ermutigt, werden die Kollegen um so eifriger diese Arbeit fortsetzen in dem Bewußtsein, ihre Pflicht und Schuldigkeit gegenüber dem Schwächer der Schwachen, dem Buchbinder-Verband, getan zu haben.

**Dresden.** Die am 1. Juli stattgefundene Versammlung ehrte den verstorbenen Kollegen Rudolf Meitig in üblicher Weise. Den Bericht vom Verbandstag gaben die Kollegen Lange und Kohl. Ersterer berichtete im allgemeinen über den Verlauf der Verhandlungen, während Kohl insbesondere die Regelung der Beitrags- und Unterstützungsfrage besprach, wobei er darauf hinwies, daß es keinem Delegierten leicht würde, eine Verringerung der bisherigen diesbezüglichen Bestimmungen eintreten zu lassen. Bei vorurteilsfreier Würdigung der Tatsache, daß die erste und zweite Beitragsklasse die Verbandskasse ganz erheblich belasten, mußte jedoch auf Mittel und Wege gesonnen werden, um einen Ausgleich herbeizuführen. In der sich anschließenden Debatte ergänzten die übrigen Delegierten, Legler, Jopp, Krau Kaufmann und Wätjner noch verschiedenes. In der Debatte fand die Einführung der Beitragszahlung nach festen Lohnstufen heftigen Widerspruch. Einige Redner erklärten, daß niemand gezwungen werden kann, in eine höhere Klasse zu fließen; es muß jedem freistehen, wo er steuern will. Das muß so geregelt werden, Kollege Hartwig ist gegenwärtiger Meinung und wünscht, daß genau so wie für alle anderen Steuern auch hier ein Maß vorhanden sein soll. Wegen der gesonderten Abrechnungsbeilage, welche nach Aukerung Langes circa 6000 Mk. kosten wird, ist Medner der Ansicht, daß es genügend Geschäfte gibt, welche so eine Beilage billiger herstellen, als die Vorwärts-Druckerei, die auch trotzdem ihre Leute tariflich entlohnen. Lange erwidert, daß bezüglich der Herstellung schon Erhebungen angestellt werden. Kollege Krause bedauert, daß bei der Beitragssteigerung gerade die Mitglieder der unteren Klassen die Leidtragenden sind. Wenn auch die Dresdener Delegierten gegen jede Erhöhung gestimmt haben, so hat doch mancher nach dem Zeitungsbericht sich entrüstet. Durch die Beitragssteigerung wird die Agitation sehr erschwert. Wätjner gibt noch bekannt, daß die Kartonnagenkonferenz auf dem Verbandstag nur den Zweck hatte, Mittel und Wege zu finden, wie die Kartonnagenarbeiter und -arbeiterinnen mehr als bisher aufgemerkt werden können, um etwas gleichmäßigere Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu erzielen. Unter „Verschiedenes“ weist S. ü. auf die am 20. Juli stattfindende Partie nach Müllitz in das Kallbergwerk, sowie auf die Versammlung am 20. Juli hin, in welcher ein Vortrag über die neue „Vollstufung“ gehalten werden soll. Zum Schluß wurde noch die Tarifbewegung in der Plafbranche erwähnt, und alle ersucht, bei Arbeitsaufnahme in dieser Branche erst sich genau nach den Verhältnissen auf dem Verbandsbureau zu erkundigen.

**Marktsruhe.** Am 2. Juli sprach in einer öffentlichen Versammlung Herr Carl Kfise aus Chemnitz über: „Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Kartonnagengewerbe“, und entlegte sich seiner Aufgabe an Hand langjähriger Erfahrungen als Organisator in diesem Beruf aufs vorzügliche. Als Einleitung zu seinem Referat gab er den zahlreichen Zuhörern einen allgemeinen Leberbild über die Entwicklung dieses Berufes, von erst untergeordneter Bedeutung bis zu dem gegenwärtigen Aufschwung zu einem bedeutenden selbständigen Industriezweig. In ausführlicher Behandlung schilderte er hierbei die anfänglich schwierigen Organisationsmöglichkeiten infolge schlechter Entlohnung und ebensolcher Arbeitsverhältnisse. Ein beständiger industrieller Aufschwung dieser Branche gab jedoch im Laufe der Zeit dem Boden frei, auf welchem sich die gewerkschaftliche Organisation gedeihlich entwickeln konnte. Immerhin bleibt noch sehr viel zu tun übrig, da der Verband noch nicht allseitigen Eingang gefunden hat. Das schlagendste Beispiel hierfür liefern uns die Verhältnisse in Süddeutschland. In Baden sind noch sehr viele Bezirke in der rückständigsten Situation, während das Erzgebirge mit Zug und Recht als Musterbeispiel neben den deutschen Tarifstädten angeführt werden kann, wo eine geschlossene feste Organisation dem Unternehmertum gegenübersteht. In den Bezirken Lehr, Wengensturm und Marktsruhe (mit Ausnahme einer großen Firma) bestehen noch Lohn- und Arbeitsverhältnisse wie sie im Erzgebirge vor 1907 vorhanden waren.

So lange die Unternehmer indifferente Arbeitermassen zur Verfügung haben, tritt keine Besserung ein. Freiwillig gibt der Unternehmer nichts. Die Arbeiterin und der Arbeiter müssen es als ihre Pflicht ansehen, im allgemeinen Interesse ihr einziges Gut, die Arbeitskraft, so teuer wie möglich zu verkaufen. Wo Hungerlöhne bezahlt werden, da gedeiht die Schmutzkonkurrenz am besten. Solche Firmen, die auf Kosten des Arbeiters sich durchschlagen, sind gut genug, möglichst rasch von der Bildfläche zu verschwinden; denn sie sind die allergrößte Gefahr für jene Betriebe, in denen annehmbare Zustände waltet.

Alle die Einwände gegen die Organisationspflicht, wie spätere Heirat oder Berufswechsel, sind haltlos. Die junge Kollegin, ob sie in den Ehestand tritt oder nicht, wird nach unseren heutigen Lebensverhältnissen weiterzuarbeiten in den meisten Fällen gezwungen sein. Wie viele stehen doch in ihrer weisen jungen Kraft, wo man annehmen möchte, sie wären in der Lage, ihren Lebensunterhalt allein bestreiten zu können; aber infolge der niederen Entlohnung müssen sie sich aufbauend an den Brotsack im Elternhause halten. Können nicht der Sohn und die Tochter ihren ganzen Stolz darin finden, für bessere Löhne zu kämpfen, um den Eltern in ihren alten Tagen eine kräftige Stütze zu sein? Viele Väter solcher Töchter und Söhne stehen selbst mitten drin in den Lohn- und Organisationskämpfen. Wieviel leichter müßte es diesen fallen, ihre Kinder für unsere allgemeine Sache zu begeistern und zu überzeugen. Die Kollegin steht in keiner Beziehung dem Kollegen in diesem Zusammenwirken nach; nur muß sie durch intensive Aufklärung ebenso wie der Kollege überzeugt werden. Hierin können auch unsere Mitglieder im Kleinen sehr viel erreichen. Was an Pensionen dem Verband geopfert werden muß, kommt durch bessere Lohnverhältnisse und durch die Unterstützungseinrichtungen markweise wieder zurück. In der Hauptsache ist es das Bestreben des Verbandes, die Lohnfrage zu regeln; dazu braucht er die Hilfe aller, um dauernde Erfolge zu erzielen. Wir alle haben nicht nur materielle Interessen, sondern vor allem ein inneres Bedürfnis, im guten für unsere Mitmenschen einzutreten. Da heißt es nicht: „Was bietet mir das Leben?“ sondern: „Wie diene ich demselben?“ Mit diesem, von großem Idealismus getragenen Appell an die Zuhörerschaft schloß der Referent seinen Vortrag, der wohl bei allen den nachhaltigsten Eindruck hinterlassen haben wird.

Der Vorlesende Kollege Roiber dankte im Namen der Zählstelle dem Referenten für den trefflichen Vortrag. In der folgenden Diskussion sprach sich Kollege Friedrich ganz im Sinne des Referenten aus. In seinem Schlusswort erläuterte der Referent die Unterstützungseinrichtungen des Verbandes noch des näheren und richtete an die Kolleginnen, von denen sich an diesem Abend eine Anzahl zur Aufnahme meldeten, herzliche Worte des Willkommen und die Bitte zu reger Teilnahme an unseren Bestrebungen.

**Eisenberg.** Am 3. Juli fand eine außerordentliche, gut besuchte Mitgliederversammlung statt, mit der Tagesordnung: „Der Verbandstag in Stuttgart und seine Beschlüsse“. Dem Kollegen Klingenschmidt, welcher in sachlicher Weise auf die verschiedenen wichtigsten Beschlüsse einging, zollte die Kollegenschaft die größte Aufmerksamkeit. Dem Bericht schloß sich

eine lebhafte Diskussion an, nach welcher folgende Resolution gegen 2 Stimmen angenommen wurde: „Die am 3. Juli stattgefundene außerordentliche Mitgliederversammlung nimmt Kenntnis von den Verhandlungen des 12. Verbandstages. Die Versammlung bedauert, daß eine Sitzung der Unterfützung der 1. und 2. Klasse vorgenommen worden ist und ersucht darin eine indirekte Beitragserhöhung für diese zwei Klassen.“

Ferner spricht die Versammlung ihre Verbunderung aus über die Regelung der Projekte, welche den Zählstellen von den Beiträgen verbleiben. Damit ist das Prinzip, daß die Zählstellen mit Sozialbeamten etwas härter zu den Kosten herangezogen werden, weil dieselben besonderen Nutzen davon haben, durchbrochen.“

Der Vorlesende wies dann zum Schluß auf die gegenwärtige Lage der Einzilarbeiterchaft hin und forderte die Kollegenschaft zum regelmäßigen Versammlungsbesuch nochmals dringend auf.

**Chemnitz.** In unserer Mitgliederversammlung am 5. Juli erstattete Kollege Triemer Bericht vom Verbandstag. Er entwarf in kurzen Umrissen ein klares Bild von den gepflogenen Verhandlungen und Beschlüssen. In der anschließenden Diskussion begrüßten alle Redner die für Verbandsfunktionäre geschaffene Unfallversicherung. Befremdet erregte die Neuregelung der am Orte verbleibenden Projekte, was einen Ausfall von jährlich 300 Mk. für unsere Lokalkasse bedeutet. Im übrigen herrschte Einverständnis mit den sonstigen Beschlüssen. Ein vorgelegener Vortrag über „Vollstufung“ wurde auf eine spätere Versammlung vertagt und nach Erledigung einiger örtlichen Angelegenheiten die gut besuchte Versammlung geschlossen.

**Rundschau.**

Die nächste Internationale Arbeiterschuttkonferenz. Die vom Schweizer Bundesrat im Januar d. J. an die europäischen Staaten gerichtete Anfrage wegen Veranstaltung einer neuen Konferenz über den internationalen Arbeiterschutz ist von der meisten Regierungen zustimmend beantwortet worden. Demnach hat der Bundesrat die Eröffnung der Konferenz in Bern auf den 15. September laufenden Jahres festgesetzt und an folgende Staaten Einladungen zur Teilnahme gerichtet: Deutschland, Österreich-Ungarn, Belgien, Dänemark, Spanien, Frankreich, Großbritannien, Italien, Luxemburg, Norwegen, Niederlande, Portugal, Rußland und Schweden. Gegenstand der Verhandlungen werden die industrielle Nacharbeit jugendlicher Arbeiter und der Jehntausendtag für die in der Industrie beschäftigten Frauen und jugendlichen Arbeiter bilden. Ferner hat die Internationale Vereinigung für geschlechtlichen Arbeiterschutz die Einsetzung einer internationalen Kommission zur Beratung von Grundrissen für eine periodische Berichterstattung über die Ausführung der Arbeiterschutzes anregt; dieser Vorschlag hat bei den damit befaßten Behörden eine günstige Aufnahme gefunden, und die Kommission wird vom Bundesrat auf den 11. September nach Bern einberufen werden.

**Gau 10.**

Auf Grund des § 6 des Gauregularivs berufen wir hiermit unseren

**12. Gaustag**

auf Sonntag, den 24. August 1913, nach Dortmund ein.

Tagesordnung: 1. Bericht des Gauborstandes. Berichterstatter: Groenhoff. 2. Die Beschlüsse des Verbandstages. Referent: Clement-Dortmund. 3. Agitation und Lohnbewegung. Referent: Groenhoff. 4. Anträge. 5. Verschiedenes.

Die Zählstellen und Einzelmitglieder werden ersucht, ihre Anträge bis spätestens den 9. August an uns einzusenden.

Das Tagungslokal sowie alles weitere wird den Zählstellen und Einzelmitgliedern durch Rundschreiben bekanntgegeben.

Der Gauborstand. J. A.: B. Groenhoff.

**Adressenänderungen.**

**Oertliche Bevollmächtigte.**

Danzig. B. Schmidt, Mattenbüden 35 III. Zittau. Fr. Bartowsh, Werderstr. 1. Kaiserslautern. Jean Gengge, Königl. 30 III.

**Unterstützungs-Auswähler.**

Kaiserslautern. K. Ohligs, Eichenstr. 3 II. Bon 12-1 und 6-7 Uhr.



## ANZEIGEN

Unserer lieben Kollegin  
**Frieda Wilhelm**  
nebst Bräutigam die herzlichsten  
Glückwünsche zur Vermählung.  
Zahlstelle Kottbus.

## Tüchtige Etuisarbeiter

sucht in gute, dauernde Stellung  
**Wilh. Meyer, Oberfeld,**  
Hollsteiner Straße 33.

### Statistische Erhebungen über Lohn- und Arbeits- verhältnisse

in Buchbindereien, Kontobuchfabriken,  
Linierrasthalter, Album-, Etuis-, Karton-  
nagen-, Galanterie- und Lederwaren-  
Luguspapier- und Papiervarenfabriken  
und ähnlichen Betrieben in Deutschland

Aufgenommen im November 1910

Mit einer Einleitung über die Ausbrei-  
tung der Buchbinderei und Kartonagen-  
fabrikation nach der amtlichen Berufs-  
und Betriebszählung vom 12. Juni 1907

Preis für Mitglieder 1,30 M.,  
für Nichtmitglieder 0,30 M.

Der Versand erfolgt nur nach Vorein-  
sendung des Betrages. Geldsendungen  
sind nur an **E. Hauelsen, Berlin S. 59,**  
Urbanstraße 63 I., zu richten.

**Bekannt** ist in aller Welt, daß  
die Werkzeuge mit  
dem Stempel **F. Clement, Leipzig,**  
in den meisten Werkstätten mit Vorliebe  
und höchstem Erfolg benutzt werden.

## Luxuspapierbranche. Berlin. Luxuspapierbranche.

Donnerstag, den 17. Juli, abends 8 Uhr,  
bei **F. Wegener, Seydelstraße 30**

# Goldschnittmacher-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Die Preisunterbietungen in der Goldschnittbranche.
2. Diskussion.
3. Verschiedenes.

Die Branchenleitung.

## Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine m. b. H., Hamburg, Besenbinderhof 52.

Wir suchen zur Assistenz unseres Druckerfaktors zum **1. Oktober d. J.**  
einen tüchtigen

### Obermaschinenmeister,

der befähigt ist, den Maschinenaal einer großen Buchdruckerei selbständig zu leiten  
und den Druckerfaktor in jeder Beziehung zu vertreten. Bewerber müssen über  
umfassende Kenntnisse im Notations-, Illustrations- und Farbendruck verfügen,  
die verschiedenen Systeme von Anlegeapparaten kennen und überhaupt alle für  
einen sehr vielseitigen Betrieb einschlägigen Kenntnisse besitzen.

Wir suchen ferner zur Assistenz unseres Druckerfaktors zum **1. Dezember**  
**d. J.** einen tüchtigen

### Oberdrucker

zur Leitung der Abteilung für Lithographie und Steindruckerei (Schnellpressen  
und Zinkrotation). Bewerber müssen selbständig kalkulieren und disponieren  
können und sämtliche Zweige der Branche auf das genaueste kennen.

Wir suchen zum **1. Oktober d. J.** zur Assistenz unseres Seherfaktors  
einen tüchtigen

### stellvertretenden Seherfaktor,

der nicht nur in Altdenz, Werk- und Tabellenlay verfertigt ist, sondern auch die  
Sezmaschinen (5 Kinetyp) genau kennt.

Wir suchen zum **1. Oktober d. J.** zur Assistenz unseres Buchbinder-  
faktors für unsere modern eingerichtete Buchbinderei einen tüchtigen

### Buchbindermeister,

der die einschlägigen Buchbinderarbeiten einer Buch- und Steindruckerei kalkulieren  
kann, gründliche Praxis besitzt, mit allen Hilfsmaschinen vertraut ist, sowie über-  
haupt den Buchbinderfaktor in jeder Beziehung vertreten kann.

## Geschichte des Deutschen Buchbinder- Verbandes und seiner Vorläufer

Preis für Mitglieder: für Nichtmitglieder:  
1. Band 2,30 M. 1. Band 3,30 M.  
2. Band 2,50 M. 2. Band 4,50 M.  
(einschließlich Porto).

Der Versand erfolgt nur nach Voreinsendung des Betrages. Geld-  
sendungen sind nur an **E. Hauelsen, Berlin S. 59, Urbanstraße 63 I.,**  
zu richten.

## Achtung! Zahlstelle Berlin. Achtung!

Zur Feier des „Guten Montag“ am 21. Juli:  
**:: Großes Sommer-Fest ::**

in der „Neuen Welt“, Hasenheide 108—114.

**Großes Garten-Konzert, Spezialitäten 1. Ranges, Theater-  
Vorstellung (für Kinder frei), Feuerwerk, Amerik. Vergnügungspark.**

Bei eintretender Dunkelheit: Großer Fackelzug für Kinder.

Jedes Kind erhält am Eingang des Gartens vier Bons für Stocklaterne, Wasserrutschbahn,  
Liebesmühle und Karussell.

In beiden Sälen **Großer Ball** Eintritt in den Saal für  
von 5 Uhr ab: Herren 30 Pf., Damen 10 Pf.

Anfang des Konzerts nachmittags 4 Uhr. Billett im Vorverkauf 25 Pf., an der Kasse 30 Pf.

Programm am Eingang gratis. Billetts sind in allen Zahlstellen, bei den Werkstattvertrauens-  
personen sowie in unserem Bureau zu haben. Zahlreiche Beteiligung erwartet

Die Ortsverwaltung.